

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

192

Wien, am 11. Juli 1936.

Die Notwendigkeit der elektrischen Beleuchtung der Hausnummerntafeln.

Die elektrische Beleuchtung der Hausnummerntafeln ist wegen der Auffindbarkeit der Häuser nach Einbruch der Dunkelheit zweifellos ein grosstädtisches Bedürfnis. Sie empfiehlt sich aber ausserdem im Interesse der Hausbewohner, weil durch die Beleuchtung der Hausnummerntafeln auch die Tornischen beleuchtet werden und damit eine erhöhte Sicherheit gegen Einbruch, Verunreinigungen und sonstige Unzukömmlichkeiten geboten wird.

Die Elektrizitätswerke haben durch Finanzierung der Herstellungskosten und durch einen besonders günstigen Tarif die Voraussetzungen für die Verbreitung dieser nützlichen Einrichtung geschaffen. Für die Herstellung der Anlage und die Stromlieferung während der Nachtzeit ist den Elektrizitätswerken durch fünf Jahre der sehr mässige Bauschbetrag von nur 5'5 Schilling je eineinhalbmonatigen Verrechnungsabschnitt zu bezahlen.

Bisher wurden schon rund 3.000 Anlagen ausgeführt; hiedurch erhielten ungefähr 300 Elektrotechniker, meist kleinste Gewerbetreibende, zusätzliche Beschäftigung.

Oesterreichischer Städtebund für die Schaffung billiger Klein- wohnungen.

Eine Rundfrage unter den Mitgliedsgemeinden des österreichischer Städtebundes hat ergeben, dass vor allem in den grösseren Städten sowie in den Industrie- oder Verkehrsreicheren Gemeinden noch immer ein vielfach sehr empfindlicher Mangel an billigen und gesunden Kleinwohnungen herrscht. Wenn auch durch die Randsiedlungsaktion des Bundes in den letzten Jahren die ärgste Wohnungsnot in vielen Gemeinden gelindert, in manchen sogar zur Gänze behoben werden konnte, so verbleibt noch immer in den Gemeinden, auf die sich die Erhebung erstreckte, ein Bedarf von etwa 10.000 Kleinwohnungen.

Die Randsiedlungsaktion hat zunächst zum Ziele, der unzureichend versorgten Familie des Arbeitslosen, des Kurzarbeiters oder Saisonarbeiters einen Nebenerwerb zu schaffen. Dem Mangel an Kleinwohnungen kann jedoch durch diese Aktion nur soweit abgeholfen werden, als die wohnungsbedürftigen Familien die Voraussetzungen für die Zuteilung einer Siedlerstelle erfüllen und in der Gemeinde auch die Bedingungen für die Errichtung und den dauernden Bestand derartiger Randsiedlungen vorhanden sind. Neben der sozialpolitisch so wichtigen Randsiedlungsaktion ist es daher auch notwendig, dass sich der Bund wieder der Förderung des Baues billiger Kleinwohnungen zuwendet. Viele Gemeinden, die für fürsorgebedürftige Familien Kleinwohnungen (Familienasyle) benötigen, können bei ihrer bedrängten Finanzlage ohne Hilfe des Bundes selbst den dringendsten Bedürfnissen nicht abhelfen. Weitere Möglichkeiten, die Schaffung von billigen Kleinwohnungen zu fördern, liegen in der Teilung von Wohnungen und in der Umwandlung von Geschäftsräumlichkeiten. Schliesslich könnten durch verhältnismässig geringfügigere Zuschüsse des Bundes die erfolgreichen Bausparkassen in die Lage versetzt werden, Bausparhypotheken zu mobilisieren und dadurch die Zuteilungen an die Bausparer wesentlich zu beschleunigen.

Der Ausschuss für Wohnbau- und Siedlungsfragen im Städtebund hat sich heute unter dem Vorsitze des Obmannes, Bürgermeister Professor Dr. Raab (St. Pölten), mit diesen Fragen eingehend befasst und beschlossen, mit entsprechenden Anregungen an die Bundesregierung heranzutreten. Um dem

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Bundes-Wohn- und Siedlungsamte die Erfüllung seiner Aufgaben zu ermöglichen, sollten ihm jedenfalls vom Jahre 1937 an wieder die Überschüsse der Zinsgroschensteuer und der Tilgungsbeiträge zur Verfügung gestellt werden.

Neuerlich 1 Million Schilling für städtische Arbeitsbeschaffung.

Bekanntlich hat die Wiener Bürgerschaft vor einiger Zeit beschlossen, das seinerzeitige Hochschülerheim in der Kastanienallee in Meidling zu erwerben, damit dieses Gebäude in ein Obdachlosenasyll für Frauen und Mädchen umgewandelt und so die Obdachlosenfürsorge der Stadt Wien qualitativ und quantitativ verbessert werde. Bürgermeister Richard Schmitz hat nunmehr die vom Stadtbauamt ausgearbeiteten Pläne und Kostenanschläge hierfür genehmigt. Nicht weniger als rund 340.000 Schilling sind für die Instandsetzung und Umgestaltung erforderlich. Unter anderem wurde bereits die notwendige Herstellung einer Zentralheizungs- und Warmwasser-Versorgungsanlage mit einem Kostenaufwand von mehr als 100.000 Schilling vergeben. Das Asyl wird nicht nur obdachlosen Frauen und Mädchen eine einwandfreie Nächtigungsgelegenheit bieten, sondern sich insbesondere vor anderen ähnlichen Anlagen durch die Neuerung auszeichnen, dass ein Teil dieses Asyls als Familienheim in Unterstandsnot geratenen Müttern mit ihren Kindern auch tagsüber eine Zuflucht mit fürsorglicher Betreuung bieten wird.

Die städtischen Wasserwerke brachten die notwendigen Arbeiten zur Verstärkung der Hauptrohrleitung in der Linzerstrasse zwischen Rosentalgasse und Bujattigasse zur Vergabung. Dieser Rohrstrang wird auf dem doppelten Querschnitt (bis zu 1/4 Meter Durchmesser) verstärkt, um dem gesteigerten Bedarf der neu besiedelten Gebiete auf dem Wolfersberg und an der Hüttelbergstrasse zu entsprechen.

In dieser Woche genehmigte der Bürgermeister auch die Bestellung der neuen städtischen Kontrahenten für Tischlerarbeiten. Für die sechs grössten Bezirke wurden je zwei, für die übrigen je ein Kontrahent bestellt, so dass insgesamt 27 Tischlermeister als Lieferanten der Stadt Wien Aussicht auf eine, wenn auch nur fallweise, so doch sichere Arbeitsgelegenheit für ein Jahr erhielten.

An Strassenbauten genehmigte der Bürgermeister die Herstellung einer neuen Asphaltbetondecke in der Arnezhofstrasse im 2. Bezirk und die Herstellung eines neuen Kleinsteinpflasters in der längs des Türkenschanzparkes führenden Max Emanuelstrasse. Dieser Strassenzug bildet eine stark befahrene Verbindungslinie zwischen dem 16. und 19. Bezirk.

Naturgemäss sind mit den bekannten Brückenbauten auch umfangreiche Strassenneuerstellungen verbunden. Nunmehr wurde die Herstellung der neuen Zufahrtsrampon zur Rotundenbrücke an beiden Ufern des Donaukanales vergeben. Hier kommt durchwegs eine neue Granitwürfelpflasterung zur Ausführung. Im Zusammenhang mit dem Bau der Reichsbrücke wurden von der Strassenbauabteilung des Stadtbauamtes schon Tausende von Quadratmetern neuer Strassenflächen hergestellt. Die im unmittelbaren Anschluss an die Brücke herzustellenden Strassenflächen fallen in den Arbeitsbereich der Bürckonbauleitung der Bundesverwaltung. Die Vergabung dieser Arbeiten erfordert allein einen Aufwand von 600.000 Schilling und die Stadtverwaltung hat sich bereit erklärt, auch zu diesen Kosten ausserhalb des namhaften Beitrages, den die städtischen Strassenbahnen für den Brückenbau leisten, schlüsselmässig beizusteuern. Eben hat Bürgermeister Schmitz auch diese Ausgabe aus städtischen Geldern genehmigt.

Sämtliche vorerwähnten Arbeiten, es sind dies die grösseren Vergabungen einer Woche, erfordern wiederum rund eine Million Schilling.
